Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeld freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 17. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund".

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeiger durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 51 — Dienstag, den 29. April — 1930

Die Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat am Schluß seiner Parteivorstandssitzung mit mehr als Dreifünftel-Mehrheit des nahezu vollständig besetzten Vorstandes folgende Entschließung gefaßt:

„Der Parteivorstand spricht dem Parteiführer Dr. Hugenberg und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, seinen Dank für ihr unbeirrtes Festhalten an den auf dem Kasseler Parteitag und in der Vorstandssitzung vom 8. April aufgestellten Zielen und Richtlinien aus. Er hält es für selbstverständlich, daß sie die Führung von Partei und Fraktion keinesfalls vor Ablauf der Wahlzeit aufgeben. Ihrer Führung und dem geschlossenen Eintreten der Reichstagsfraktion für die Agrargesetze ist es zuzuschreiben, daß deren Vorlage und Annahme entgegen widerstrebenden Teilen der Regierungsmehrheit noch vor Ostern durchgesetzt wurde. Mit diesen Notstandsmaßnahmen sind jedoch die Voraussetzungen für eine Rettung der Landwirtschaft noch nicht erfüllt. Mit dem Parteivorsitzenden ist der Parteivorstand der Auffassung, daß eine endgültige Behebung der Notlage der Landwirtschaft, wie der Wirtschaft überhaupt, viel tiefer greifende und zum Teil andersartige Maßnahmen fordert.

Die vom Kabinett verkündete Kontinuität der Handelspolitik (polnischer Handelsvertrag, Genfer Vereinbarungen usw.) steht einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft ebenso im Wege wie die Fortdauer der marxistischen Vorherrschaft in Preußen. Der Zustand, daß die Vollstreckungsmaßnahmen der öffentlichen Kassen, insbesondere der Preußenkasse, den Landwirt von Haus und Hof vertreiben, ist Selbstmord am eigenen Volke und muß vor allem anderen beseitigt werden.

Wir stehen in Opposition gegen dieses Kabinett, das ohne und gegen uns gebildet, zur Fortführung der bisherigen Tribut- und Handelsvertragspolitik entschlossen ist, und das auf dem Wege über Preußen immer noch mit der Sozialdemokratie verknüpft ist. Wir können keinerlei Mitverantwortung für seine Politik übernehmen. Diese Oppositionsstellung und die gegebene Lage verlangen unbedingte Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und geschlossenes Auftreten bei den entscheidenden Parlamentsabstimmungen. Der Parteivorstand bedauert, daß im Gegensatz zu der einmütigen und erfolgreichen Haltung der Reichstagsfraktion vom 3. und 10. April eine Mehrheit der Reichstagsfraktion in den Steuerabstimmungen vom 12. und 14. April, veranlaßt durch die verständliche und berechtigte Sorge um die Not der Landwirtschaft, anders als die Führung gestimmt hat. Die Verkoppelung der Agrarmaßnahmen mit der Bewilligung der durch die Mißwirtschaft der Großen Koalition erforderlich gewordenen Steuern war sachlich nicht begründet. Die Regierung war, auch wenn sie bei den Steuergesetzen in der Minderheit blieb, durch ihre Erklärung und das Wort des Reichspräsidenten an die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft gebunden.

Nach den Satzungen legt der Parteivorstand die Richtlinien für die politische Gesamthaltung der Partei fest. Eine Unterstützung des Kabinetts Brüning sowie die Mitübernahme der Verantwortung für seine Maßnahmen entspricht der oben festgelegten Gesamthaltung der Partei nicht. Es bleibt dem Entschluß der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende Stellungnahme zuzulassen."

Der Dawesagent kehrt nach Amerika zurück.

Nachdem der zur Ueberleitung des Dawes-Paktes zum Young-Plan eingesetzte Sonderausschuß in Paris getagt hat, dürften die damit für Deutschland akut werdenden Verpflichtungen interessieren: Die vorgesehene Prüfung der Konten beim Generalagenten (für die Uebergangszeit) ist bereits erfolgt und hat zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Im Augenblick der Betriebseröffnung der Tributbank in Basel können also die Konten des Generalagenten sofort geschlossen und in Basel neu eröffnet werden. Die Akten des Generalagenten werden, soweit sie für die B. J. Z. unwichtig sind, vernichtet. Während der Generalagent Parker Gilbert selbst nach Amerika zurückgekehrt, wird mit dem Bevollmächtigten des Generalagenten, Fraser, der in die Leitung der B. J. Z. gewählt wurde, ein Teil des Berliner Büropersonals von der Baseler Tributbank übernommen.

Für die Ueberleitung der Geschäfte des Generalagenten an die Tributbank hat auf Kosten Deutschlands ein besonderer Fonds von 6 Millionen Rm. geschaffen werden müssen. Die künftigen Zahlungen Deutschlands müssen in Devisen geleistet werden, auch die für Sachlieferungen, wofür bei der Reichsbank ein besonderes Konto unterhalten werden muß. Die Ueberleitung selbst soll in dem Augenblick praktisch durchgeführt werden, sobald die noch durch England und Italien ausstehende Ratifizierung des Young-Planes vollzogen ist.

In 15 Minuten über den Aermelkanal

Fritz v. Opel erklärte, daß er mit einem Raketenflugzeug den englischen Kanal in 15½ Minuten überfliegen werde. Der Zeitpunkt für den Flug ist noch nicht festgesetzt worden, aber er wird noch in diesem Jahre ausgeführt werden.

Die Presse zur Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes

Das Ergebnis der Sitzung des Parteivorstandes der deutschnationalen Partei, das in einer Entschließung zusammengefaßt worden ist, hat in der gesamten Presse Widerhall gefunden und zu Kommentaren Anlaß gegeben.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" und der „Tag" geben aus der Vorstandssitzung ausführlich eine Erklärung des Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, wieder, in der Oberfohren über die Vorgänge vor der Abstimmung über die Steuer- und Agrargesetze berichtete. Dr. Oberfohren suchte damit zu beweisen, daß das Kabinett Brüning von den Deutschnationalen abhängig sei, wenn die Partei zusammenstehe. Er hob hervor, daß es ein unleugbares Verdienst der deutschnationalen Reichstagsfraktion sei, noch vor der Osterpause entgegen aller Voraussicht die Agrargesetze innerhalb kürzester Frist der Landwirtschaft dargeboten zu haben. — Die „Deutsche Zeitung" schreibt u. a: „Die Entschließung ist eine scharfe Absage der berufenen Vertreter der deutschnationalen Partei und Bewegung an diejenigen Abgeordneten, die den klaren Richtlinien der Partei und dem Willen der Führung zuwidergehandelt haben. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Entschließung des Parteivorstandes einem Vorschlage der Vertreter der Provinz Ostpreußen entstammt, die ja unter den Agrar- und Ostnöten am stärksten leidet. Am wesentlichsten erscheint uns, daß nach den Erfahrungen der letzten Wochen die Gesamthaltung auch für die Fraktion schärfer als bisher festgelegt ist. Die Klärung der Verantwortungsfrage im Sinne der Führung war notwendig. Sie stärkt die Stellung Hugenbergs gegenüber der Fraktion und wird ihm, so hoffen wir, die Möglichkeit geben, auf das Vertrauen der Partei gestützt, das für richtig Erkannte durchzusetzen."

In der „Deutschen Tageszeitung" schreibt Ackermann u. a.: „Der Parteivorstand hat nicht ein Wort der Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit des Ministers Schiele gefunden. Das eine wie das andere wird draußen, in den Kreisen des um die nackte Existenz ringenden Landvolkes, schwerlich besonderes Verständnis finden. Die weitere Entwicklung schon der nächsten Wochen wird die Reichstagsfraktion erneut vor Entschlüsse von entscheidender Bedeutung stellen." — In der „Berliner Börsen-Zeitung" heißt es u. a., die Entschließung müsse notwendigerweise zu neuen Konflikten zwischen dem Parteivorstand bzw. dem Parteivorsitzenden und der Mehrheit der Reichstagsfraktion führen. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meint, es sei nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Fraktion sich dadurch zu einer feindseligen Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning bewegen lasse. Es sei anzunehmen, daß die Mehrheit der Fraktion in Kürze weitere Entscheidungen darüber fälle, wie sie sich zu der Entschließung des Parteivorstandes verhalte. — Die „Germania" bezeichnet als entscheidenden Satz der Entschließung, daß es den Beschlüssen der Partei- und Fraktionsführung überlassen bleibe, in besonderen Ausnahmefällen eine hiervon abweichende Stellungnahme zuzulassen. — Das „Berliner Tageblatt" schreibt u. a.: „Der Parteiführer begnügte sich mit dem theoretischen Siege, der in der Zustimmung zu seiner Politik liegt, und verzichtete vorderhand auf die ohne sofortige Sprengung der Partei nicht durchzusetzende praktische Durchführung der Drohungen, die er und die ihm ergebenen Landesverbände ausgestoßen hatten."

Geständnis in der Altonaer Bombenaffäre.

Altona. In der Altonaer Bombenaffäre hat der seit neun Monaten in Untersuchungshaft befindliche ehemalige „Polizeihauptmann" Nickels gestanden, gemeinsam mit einem Autobesitzer Wieberg aus einem Steinbruch bei Mühlheim an der Ruhr Dynamit gestohlen zu haben. Der Sprengstoff wurde im Auto von Mühlheim an der Ruhr nach Holstein gebracht und dort zur Herstellung der Sprengkörper benutzt. Dieses Geständnis Nickels hat den Uhrmacher Rehling stark entlastet, so daß sein Verteidiger einen neuen Haftprüfungstermin beantragt hat. Die noch im Berliner Untersuchungsgefängnis untergebracht gewesenen Verdächtigen: Nickels, Johnsen, Heim, Rehling, Volt und Rathjen sind nach Altona in das dortige Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Der Staatsanwalt hat das Belastungsmaterial gegen sie schon soweit zusammen, daß die Anklageerhebung demnächst erfolgen wird.

Eröffnung der Antwerpener Weltausstellung.

Brüssel. In Antwerpen fand die feierliche Eröffnung der Weltausstellung statt. Die Königliche Familie, sämtliche Staatsbehörden, das Gesamtkabinett und das Diplomatische Korps wohnten dem Festakte bei. Deutschland, das ursprünglich eine offizielle Beteiligung an der belgischen Jahrhundertausstellung abgelehnt hatte, hat sich noch in letzter Minute anders besonnen und als Staatskommissar den Geheimrat Matthies ernannt. Die deutschen Hansestädte Hamburg und Bremen hatten dagegen von vornherein ihre Beteiligung zugesagt.

Der Stahlhelm zum Reichsehrenmal.

Die Stahlhelmkorrespondenz beschäftigt sich mit dem Plan der Errichtung eines Reichsehrenmals auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz und sagt u. a. folgendes: Die Frontkämpferverbände, die seit Jahren für den Ehrenhain bei Berka eingetreten sind, halten nach wie vor an diesem Vorschlage zur Ehrung ihrer im Weltkriege gefallenen Kameraden fest, und wissen, daß der Herr Reichspräsident in dieser Frage hinter ihnen steht. Der in der letzten Zeit in der Presse genannte, aus verschiedenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehende Reichsausschuß, der Berka abgelehnt habe, sei eine private Gründung, die für die Entscheidung über die Frage des Reichsehrenmals keinerlei Kompetenzen habe.

Um dem Schaffensdrang der im Reichsausschuß mitwirkenden Architekten jedoch nicht im Wege zu sein, würden die deutschen Frontsoldaten der Ausgestaltung der Feste Ehrenbreitstein zu einem Feiheitsmal am Rhein zustimmen, ohne allerdings die in der Denkschrift des erwähnten Ausschusses angeregte Beseitigung des militärischen Charakters dieses Bauwerks für notwendig oder gar wünschenswert zu halten.

Das Fiasko der englischen Mandatsverwaltung auf Samoa.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft teilt mit: „Wenn die Neuseeländische Mandatsverwaltung auf Samoa die Grundsätze und Methoden der deutschen Verwaltung befolgt hätte, dann wären die Samoaner heute glücklich und zufrieden, und 80 oder 90 v. H. von ihnen würden nicht die Ankunft ihrer neuseeländischen Befreier von dem angeblichen deutschen Joch verfluchen." So schreibt nicht ein deutsches Blatt, sondern der in Auckland auf Neuseeland erscheinende „Samoa Guardian" in einem Artikel „Deutschland in Samoa", der die deutschen Verwaltungsmethoden der gegenwärtigen Mißwirtschaft gegenüberstellt.

Das Blatt schließt mit der Feststellung: „Statt die erfolgreiche Methode der Deutschen nachzuahmen, glaubte die neuseeländische Verwaltung es besser machen zu können und — erlitt ein völliges Fiasko."

Offizielle Eröffnung der Feuerschutzwoche.

Unter Teilnahme der Reichs- und Staatsbehörden.

Die Feuerschutzwoche wurde in den Kammerlichtspielen zu Berlin feierlich eröffnet. Der Berliner Oberbranddirektor Gempp hielt die Begrüßungsansprache, in der er der Bedeutung der Feuerschutzwoche gedachte, seiner Freude über die Teilnahme zahlreicher Behörden und Organisationen Ausdruck gab und die Vertreter der Reichs- und Staatsministerien, der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, des Städtetages sowie von Organisationen und Verbänden willkommen hieß.

Sodann eröffnete die Feuerschutzwoche der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel. Für das Preußische Ministerium des Innern sprach Oberregierungsrat Dr. Kerbiens, für das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt Oberregierungs- und Baurat Fahlbusch, den Verband der deutschen Berufsgenossenschaft vertrat Dr. Roewer, die Hausfrauenorganisationen Deutschlands Frau Hildegard Margis, ferner hob die große allgemeine Bedeutung der Feuerschutzwoche der Vorsitzende des Zentralinnungsverbandes der Schornsteinfegermeister des Deutschen Reiches, Stadtrat Scholz, Rektor Hauer für die Deutsche Verkehrswacht und Oberbrandinspektor Stapusch als Vorstandsmitglied des Deutschen Feuerwehrverbandes hervor.

Dampferzusammenstoß auf der Niederelbe.

Amerikanischer Ozeanriese rammt englischen Kohlendampfer.

Hamburg. Auf der Unterelbe ereignete sich ein schwerer Seeunfall. Der Dampfer „President Harding" von der United States Line stieß mit dem englischen Kohlendampfer „Kirkwood" zusammen. Die „Kirkwood" sank kurze Zeit nach dem Unfall, die Besatzung wurde von der „President Harding" an Bord genommen.

Der Ueberseedampfer „President Harding" ist eins der schnellsten Schiffe der amerikanischen Passagierflotte und hat einen Bruttogehalt von 13 869 Tonnen. Er ist 1921 in Amerika gebaut. President Harding war nicht sehr stark besetzt und soll nur etwa 150 Passagiere an Bord gehabt haben. Der englische Dampfer „Kirkwood" ist 1674 Bruttoregistertonnen groß und im Jahre 1911 gebaut.

Der Zusammenstoß ereignete sich in der Nähe des Feuerschiffes „Elbe I". Obwohl beide Schiffe wegen des unsichtigen Wetters nur langsame Fahrt machten, wurde

die „Kirkwood mit solcher Gewalt getroffen, daß sie in kurzer Zeit vollief und unterging.

Die Besatzung von etwa 15 Mann wurde von den Booten der „President Harding" aufgenommen und an Bord des Amerikaners gebracht. Nach dem Zusammenstoß ging die „President Harding" wegen des immer unsichtiger werdenden Wetters in der Nähe des Feuerschiffs „Elbe I" vorübergehend vor Anker.